

## Tiroler Integrationsforum – Forderungen zur Tiroler Landtagswahl

Forderungskatalog des Tiroler Integrationsforum, Dachverband wichtiger Integrationsinitiativen in Tirol:

Integration ist eine Querschnittsmaterie, was sich auch an den unterschiedlichen Schwerpunkten der Mitgliederorganisationen des Tiroler zeigt. Das TIF hat die Forderungen der verschiedenen Themenfelder gesammelt und zusammengefasst:

### **Integration**

Kulturelle Vielfalt ist ein Fakt in Tirol, dies hat Tirol bunter, spannender und reicher gemacht. Wir fordern: ein klares Bekenntnis zur Integration und kultureller Vielfalt. Wir fordern alle Parteien auf, für alle Menschen in Tirol da zu sein und ihnen Teilhabe zu ermöglichen.

Wir wünschen uns eine fortschreitende Wertschätzung kultureller und religiöser Vielfalt, Räume für Begegnung zwischen unterschiedlichsten Menschen und die Förderung des Dialogs zwischen ihnen.

Wir fordern: dass auch weiterhin Menschenrechte wie das der Religionsfreiheit ebenso gewahrt werden, wie der Schutz von politisch, materiell, physisch und psychisch benachteiligten Menschen.

Für erfolgreiche Integrationsprozesse ohne Brüche und Doppelgleisigkeiten braucht es auch in den Tiroler Regionen nicht nur mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote (Sozial- und Rechtsberatung, psychotherapeutische Angebote, niederschwellige Räume für Begegnungen und ein Miteinander, etc.), sondern auch eine vermehrte Vernetzung, Koordination und Information der Akteur\*innen und Angebote.

Wir fordern: eine weitere Stärkung und Verstetigung der Integrationsstrukturen sowie den Ausbau der Integrationsangebote im ländlichen Tirol

### **Mindestsicherung und Wohnen**

Mindestsicherungsbezieher\*innen, ob mit oder ohne Flucht- oder Migrationsbiographie, haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben, privaten Wohnraum und Teilhabe.

Wir fordern: reale Wohnkosten müssen von der Mindestsicherung gedeckt sein!

### **Frauen**

Wir fordern: Nach der Ratifizierung auch eine reale Umsetzung der Istanbul Konvention in Österreich! Flächendeckenden Schutz für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen- unabhängig von Staatsbürger\*innenschaft und Aufenthaltstitel!

Wir fordern: dass jene Bildungs- und Beratungsangebote höher gefördert werden, die tatsächlich auf die Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen mit Migrations- oder Fluchterfahrung zugeschnitten sind. Die Vielfalt von entsprechenden Angeboten muss beibehalten werden.

### **Bildung**

Die wichtigsten Bildungsschritte werden bereits in elementarpädagogischen Bildungsinstitutionen gemacht.

Wir fordern: dass nicht nur die Betreuungsplätze erweitert werden, sondern vor allem die Bedingungen für ein multi-linguales und multi-kulturelles Bildungssystem so zu gestalten, dass jedes Kind mit den besten Voraussetzungen seine Bildungskarriere starten kann.

### **Jugend und Arbeit**

Jugendliche sind die Zukunft eines Landes. Die Investition in gute (Aus)-Bildung ist der Garant für konstruktiv sich einbringende BürgerInnen.

Wir fordern: Gleicher Zugang zu Bildung für alle Menschen unabhängig ihrer Zugehörigkeit. Der Zugang zu Bildungs- und Arbeitsstätten soll niederschwelliger werden.

### **Kunst**

Wir fordern: für den Bereich interkulturelle Kunst und Kultur ein Bekenntnis zu und die vermehrte Förderung einer vielfältigen Kultur, die die Heterogenität der Gesellschaft abbildet.

### **Flucht und Asyl**

Um Integration von Menschen mit Fluchthintergrund möglich zu machen – im Asylverfahren oder mit Aufenthaltstitel – darf es nicht dazu kommen, dass man die Menschen offenen Auges in die Armutsfalle schickt.

Wir fordern: keine Sachleistungen statt Geldleistungen in der Grundversorgung und kein 2-Klassen-System in der Mindestsicherung.

Wir fordern: für einen offenen Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber\*innen.

Afghanistan ist nicht sicher.

Wir fordern: Stoppt die Abschiebungen nach Afghanistan!

### **Tiroler Landtagswahlen 2018**

Die Burschenschaften Tirols haben nie einen deutlichen und vor allem öffentlichen Trennstrich zu antisemitischen, rechtsextremen bzw. dem Rechtsextremismus nahestehenden Mitgliedern ihrer Organisationen gezogen hat.

Wir fordern: eine Regierung ohne Beteiligung von Burschenschaftern.